S 13 AS 244/24

Sozialgerichtsbarkeit Bundesrepublik Deutschland

Land	Freistaat Thüringen
Sozialgericht	Sozialgericht Nordhausen
Sachgebiet	Grundsicherung für Arbeitsuchende
Abteilung	13
Kategorie	Gerichtsbescheid
Bemerkung	-
Rechtskraft	-
Deskriptoren	-
Leitsätze	1. Ein unstatthafter Antrag auf mündliche Verhandlung nach § 105 Abs. 2 Satz 2 SGG kann durch weiteren Gerichtsbescheid als unzulässig verworfen werden. 2. Ist gegen einen Gerichtsbescheid Berufung möglich, ist ein Antrag auf mündliche Verhandlung nach § 105 Abs. 2 Satz 2 SGG unstatthaft.
Normenkette	-
1. Instanz	
Aktenzeichen	S 13 AS 244/24
Datum	12.04.2024
2. Instanz	
Aktenzeichen	-
Datum	-
3. Instanz	
Datum	-

Der Antrag auf mündliche Verhandlung wird als unzulässig verworfen.

Es wird festgestellt, dass das Verfahren S 13 AS 1547/23 durch den Gerichtsbescheid vom 26. Februar 2024 beendet worden ist.

Die Beteiligten haben einander keine Kosten zu erstatten.

Tatbestand

Zwischen den Beteiligten ist streitig, ob das Verfahren S 13 AS 1547/23 durch den

anderes bestimmt ist. Da der Antrag auf mÄ¼ndliche Verhandlung ein Rechtsbehelf ist, der dazu fÄ¼hrt, dass das Gericht, das den Gerichtsbescheid erlassen hat, nochmals mit der Klage befasst ist, findet [Â§ 125 SGG](#) auch Anwendung. Eine gesetzlich geregelte Ausnahme, die eine Entscheidung durch Beschluss ermÄ¼glicht, liegt nicht vor. Insbesondere ist [Â§ 158 Satz 2 SGG](#) nicht einschlä¼gig, da danach nur eine unzulÄ¼ssige Berufung durch Beschluss des Rechtsmittelgerichts verworfen werden kann. Auch verbietet sich eine analoge Anwendung des [Â§ 158 Satz 2 SGG](#) (zum Ganzen Landessozialgericht Baden-WÄ¼rttemberg, Urteil vom 21. Februar 2017, [L 13 AS 3192/16 B](#), juris).

Allerdings ist es bei unstatthaften AntrÄ¼gen auf mÄ¼ndliche Verhandlung (hierzu ausfÄ¼hrlich unter B.I.) nach Ansicht der Kammer mÄ¼glich, statt durch Urteil erneut durch Gerichtsbescheid zu entscheiden. Eine erneute Entscheidung durch Gerichtsbescheid scheidet nach dem Sinn und Zweck des Antragsrechts auf mÄ¼ndliche Verhandlung nur grundsÄ¼tzlich aus (vgl. Schmidt in Meyer-Ladewig/Keller/Leitherer/Schmidt, SGG, 13. Auflage 2020, Â§ 105 Rn. 22). Insbesondere bei einer inzwischen wesentlich geÄ¼nderten Prozesslage wird ein weiterer Gerichtsbescheid fÄ¼r zulÄ¼ssig erachtet (MÄ¼ller in BeckOGK, Stand 1. November 2023, [Â§ 105 SGG](#) Rn.Ä 42; vgl. auch Bundesfinanzhof, Urteil vom 9. Juni 1988, [VII K 14/84](#), [BFHE 153, 507](#)). Dasselbe hat bei unstatthaften AntrÄ¼gen auf mÄ¼ndliche Verhandlung zu gelten. Denn streitgegenstÄ¼ndlich ist hier nicht mehr der ursprÄ¼ngliche Anspruch, Ä¼ber den mit dem frÄ¼heren Gerichtsbescheid entschieden wurde, sondern nur die Frage der wirksamen Beendigung durch den frÄ¼heren Gerichtsbescheid.

B. Der Antrag auf mÄ¼ndliche Verhandlung war abzulehnen.

Nach [Â§ 105 Abs. 2 Satz 1 SGG](#) kÄ¼nnen die Beteiligten innerhalb eines Monats nach Zustellung des Gerichtsbescheids das Rechtsmittel einlegen, das zulÄ¼ssig wÄ¼re, wenn das Gericht durch Urteil entschieden hÄ¼tte. Satz 2 bestimmt, dass mÄ¼ndliche Verhandlung beantragt werden kann, wenn die Berufung nicht gegeben ist. Wird sowohl ein Rechtsmittel eingelegt als auch mÄ¼ndliche Verhandlung beantragt, findet nach Satz 3 mÄ¼ndliche Verhandlung statt.

I. Hier war der Antrag auf mÄ¼ndliche Verhandlung unstatthaft. Das Gericht hat zwar unter dem 26. Februar 2024 durch Gerichtsbescheid entschieden. Gegen denselben war aber Berufung zulÄ¼ssig, also mit den Worten des [Â§ 105 Abs. 2 Satz 2 SGG](#) âgegebenâ. Denn die BeschrÄ¼nkungen der Berufung aus [Â§ 144 Abs. 1 Satz 1 SGG](#) griffen nicht. Diese betreffen bei Beteiligung einer natÄ¼rlichen Person nach der Nummer 1 nÄ¼mlich nur Klagen, die eine Geld-, Dienst- oder Sachleistung oder einen hierauf gerichteten Verwaltungsakt betreffen. Der Antrag zu 3. aus dem Verfahren S 13 AS 1547/23 fÄ¼hrt hierunter offensichtlich nicht. Die auf Erteilung einer Auskunft gerichteten KlageantrÄ¼ge zu 1. und 2. kÄ¼nnen dagegen zwar eine Dienstleistung im Sinne der Vorschrift sein (so Bundessozialgericht, Urteil vom 25. Oktober 1995, [5 RJ 40/93](#), [SozR 3-2200 Â§Â§ 1303 Nr. 4](#)). Hier ist das der Auskunftserteilung zugrundeliegende Problem des Sorgerechts aber nicht in Geld bezifferbar, sodass die Leistung keiner WertbeschrÄ¼nkung unterliegt.

II. Ist Berufung gegeben, eröffnet auch [Â§ 105 Abs. 2 Satz 3 SGG](#) nicht die Möglichkeit einer mÃ¼ndlichen Verhandlung. Ein Antrag auf mÃ¼ndliche Verhandlung scheidet immer dann aus, wenn gegen einen Gerichtsbescheid das Rechtsmittel der Berufung gegeben ist (vgl. BSG, Beschluss vom 8. November 2005, [B 1 KR 76/05 B](#), [SozR 4-1500 Â§ 158 Nr. 2](#)).

C. Das Verfahren S 13 AS 1547/23 ist durch den Gerichtsbescheid vom 26. Februar 2024 beendet worden. Nach [Â§ 105 Abs. 3](#) Halbsatz (Halbs.) 1 SGG wirkt ein Gerichtsbescheid als Urteil, das nach [Â§ 125 SGG](#) das Verfahren in der Instanz beendet.

Der Gerichtsbescheid vom 26.Â Februar 2024 gilt auch nicht nach [Â§ 105 Abs. 3 Halbs. 2 SGG](#) als nicht ergangenen. Denn der Antrag setzt nicht nur einen rechtzeitigen, sondern auch einen statthaften Antrag auf mÃ¼ndliche Verhandlung voraus (MÃ¼ller in BeckOGK, Stand 1. November 2023, [Â§ 105 SGG](#) Rn.Â 42; BSG, Beschluss vom 31. Januar 2017, [B 13 R 33/16 BH](#), juris Rn. 18; LSG Niedersachsen-Bremen, Beschluss vom 27. April 2023, [L 15 AS 48/23 B](#), juris). Vorliegend war der Antrag auf mÃ¼ndliche Verhandlung aber nicht statthaft (hierzu oben B.I.).

D. Die Kostenentscheidung beruht auf [Â§ 193 SGG](#).

Die Berufung ist kraft Gesetzes statthaft, da die BeschrÃ¤nkungen des [Â§ 144 Abs. 1 SGG](#) nicht greifen.

Erstellt am: 16.04.2024

Zuletzt verÃ¤ndert am: 23.12.2024